

öffentlichen Dienst auszusetzen, deutlich zeigt. Bedauerlich ist nur, daß gerade die CSU-Regierung in Bayern, die sonst der Bundesregierung finanzpolitisches Versagen vorwirft, sich einer finanzpolitisch wirksamen Maßnahme entziehen will.

Die Erfahrung der Stellenplanberatungen im Landtag hat gezeigt, daß das Problem der Personalkosten ein „Quantitäts- und ein Qualitätsproblem“ ist. Die Landesregierung wurde deshalb aufgefordert, Konzeptionen für die Durchführung bestimmter Aufgaben vorzulegen, um nicht personalkostenintensive Strukturen festzuschreiben.

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer werden sicher Unterstützung in den Parlamenten finden. Dies zeigt der Beschluß des Landtags vom 5. Dezember 1973 und ein Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion, der in die gleiche Richtung zielt.

Die Frage, ob Ausnahmen bei strukturellen Maßnahmen zu machen sind, stellt sich eigentlich nicht. Anders war es, als es noch um generelle Sperren beim Zugang von Stellen ging. Denn strukturelle Probleme sind in erster Linie Bewertungsprobleme, die nach den Einzelfällen zu entscheiden sind.

F.D.P.: Für genaue Stellenüberprüfung

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Vorsitzende Hans Koch:

Bund und andere Bundesländer wollen einer Entwicklung entgegentreten, die in NW die Regierungsparteien bereits 1973 zu einschneidenden Maßnahmen veranlaßt hatte.

Am 5. Dezember 1973 beschloß der Landtag mit den Stimmen von F.D.P. und SPD den Antrag zur Begrenzung des Personaletats. Bereits damals habe ich erklärt, daß der Landtag die bisherige Aufblähung des Personaletats in den Griff bekommen oder vor dieser Entwicklung kapitulieren muß. Die Folge dieser Kapitulation wäre, daß recht bald keine Mittel mehr für Investitionen, insbesondere für die Infrastruktur vorhanden wären. Am Ende könnte die Bürokratie kaum mehr als ihren eigenen Personaletat bewirtschaften.

Andererseits verlangen steigende Ansprüche der Bürger an die Leistungskraft der öffentlichen Hände weitere Gesetze. Diese bringen wiederum für die Verwaltung neue Aufgaben, die sich notwendigerweise im Personalhaushalt niederschlagen. Deshalb hat die F.D.P. nie einen Zweifel daran gelassen, daß angesichts dieser Zusammenhänge ein genereller Besoldungs- und Stellenstopp nicht in Frage kommt.

Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes haben einen Anspruch darauf, daß die Abgeordneten Aufgabe für Aufgabe, Arbeitsplatz für Arbeitsplatz auf die Notwendigkeit neuer bzw. die Hebung bestehender Planstellen sorgfältig überprüfen. Nur so ist den öffentlich Bediensteten eine gerechte, weil sachgerechte Behandlung garantiert; nur so ist das Vorgehen des Parlaments in der Öffentlichkeit glaubhaft. Wenn durch dieses differenzierte Verfahren allein im Haushalt 1974 rund 150 Millionen DM eingespart werden konnten, bestätigt dies die Richtigkeit der Maßnahmen in NW. Ein genereller „Stopp“ im Personalbereich muß dagegen als „politische Kraftmeierei“ angesehen werden, die zu nichts als zu Ungerechtigkeiten führt.

Porträt



Fritz Wirtz (SPD)

Fritz Wirtz (53) ist, wie man so schön sagt, ein Sohn des Kohlenpotts: geboren in Gelsenkirchen, aufgewachsen in Wattenscheid, Wahl-Bochumer seit vielen Jahren. Wobei ihn übrigens nicht im geringsten stört, daß er, wohnte er noch in Wattenscheid, durch die Verwaltungsreform jetzt ohnehin Bochumer würde. Das ganze Industrie-Revier ist für ihn eine Einheit, Stadtgrenzen sind Nebensache.

Der Kumpel aus dem Revier und der in der Arbeiterbewegung aktive Vater haben die Entscheidung von Wirtz zum politischen Engagement vorausbestimmt. Als er 1946 der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft beitrug, bot sich für ihn „eine andere Alternative nicht“. Vor und hinter diesem Datum liegen Eindrücke, Erfahrungen, Erlebnisse, die Wirtz in einem bescheidenen Satz zu seiner politischen Zielaussage komprimiert hat: „Meine Arbeit gilt vorwiegend den Arbeitnehmern.“ Die Einschränkung „vorwiegend“ klingt dabei schon fast verlegen – typisch westfälisches (falls es so etwas gibt) Diminutiv für ein Engagement, das sich gegen große Worte sträubt. Und deshalb ist das, was Wirtz für „seine“ Arbeitnehmer herausgeholt hat, nicht der großen Rede wert, wenn es auch zu verhaltenem Stolz berechtigt.

In dieser unaufdringlich-wortwägenden, zurückhaltenden Denk- und Sprechweise manifestiert sich der „Godesberger“ Wirtz. Das Godesberger Programm der SPD bestimmt auch die zuweilen stattfindenden Diskussionen mit den beiden Söhnen, 30 und 25 Jahre alt, beide auch Sozialdemokraten.

Die politische Anatomie des Abgeordneten Fritz Wirtz ergibt mithin keinerlei Überraschungen, keine Frakturen, keine Schatten: als einer

der ersten Absolvent der Akademie der Arbeit in Frankfurt, DGB-Jugendsekretär, DGB-Vorsitzender in Neuss-Grevenbroich, Bochum-Wattenscheid, Bevollmächtigter und Geschäftsführer der IG Metall Bochum-Wattenscheid, Stadtverordneter in Bochum bis 1970, Mitglied des SPD-Kreisverbandsvorstands, auch 1975 wieder Landtagskandidat in einem mit über 60 Prozent SPD-Wählern „bombensicheren“ Wahlkreis – ein Bilderbuch-Sozialdemokrat.

Diesem besonderen Klischee, das sich dem über Westfälisches mühelos anpaßt, wirkt Wirtz nur beiläufig entgegen. Er trägt seine Haare so wie sonst kaum ein 50er – etwas lang; mit der im Augenblick in der SPD leicht gängigen Münze der werktätigen Vergangenheit, die im Gegensatz zu „linken Schwärmeren“ als orthodoxes Passepartout erhalten muß, zählt er selten. In seiner Partei steht er indes sicher nicht links – für Theorie fehle ihm die Zeit, meint er.

In Düsseldorf konzentriert sich Wirtz ganz selbstverständlich auf die Mitarbeit im Ausschuß für Arbeit und Soziales und im Ausschuß für Grubensicherheit. Gerade hier fühlt er sich den Bürgern seines Wahlkreises im Bochumer Norden besonders verpflichtet: Von ihnen gehen noch immer etliche, wenn auch auswärts, als Bergleute „auf Schicht“. Zum Zeitvertrödeln hat der unteretzte Mittfünziger sehr zum Leid seiner Frau keine Zeit. Und das Wort Hobby kommt im aktiven Sprachschatz des Vielbeschäftigten nicht vor.

Bernd Kleffner